

Nebeneinkünfte

Top-Verdiener im Bundestag wehren sich gegen Kritik

Von Sebastian Kempkens

Die Liste der Nebeneinkünfte schaffe Neid statt Transparenz, klagen die Spitzenverdiener unter den Bundestagsabgeordneten. Sie sehen sich zu Unrecht an den Pranger gestellt: Ihre Einnahmen seien längst nicht so hoch wie angegeben.

Berlin - Mehrere Top-Verdiener im Bundestag wehren sich gegen die Kritik an ihren hohen Nebeneinkünften. Die Auflistung der Einnahmen von Parlamentariern schaffe statt Transparenz oft nur Neid, sagte der CDU-Abgeordnete **Albert Stegemann** SPIEGEL ONLINE. "Die Angaben werden von 90 Prozent der Bevölkerung falsch verstanden. Viele Bürger denken, das geht alles in meine Tasche. Dabei hat jeder Unternehmer auch Ausgaben."

Landwirt Stegemann verzeichnete im vergangenen Jahr neben seinen Diäten als Bundestagsabgeordneter knapp 580.000 Euro zusätzliche Einnahmen. Damit ist er nach **Peter Gauweiler** (CSU) die Nummer zwei der von abgeordnetenwatch.de veröffentlichten Liste. **Gauweiler** kratzt mit seinen Nebenverdiensten an der **Millionengrenze**: Der CSU-Vizechef kommt als Anwalt auf 967.500 Euro.

Stegemann sagte, er sei dafür, dass Parlamentarier transparent mit ihren Nebenverdiensten umgehen müssten. "Ich halte diese Liste grundsätzlich für eine gute Sache", sagte er. Man müsse aber darüber nachdenken, "ob die Transparenz nicht in die Irre führt". Er als Landwirt habe hohe Investitionskosten etwa für neue Maschinen. Die jedoch würden nicht berücksichtigt.

Johannes Röring, mit gut 290.000 Euro auf Platz vier unter den 15 Top-Verdienern im Bundestag, pflichtete Stegemann bei. "Der Begriff Top-Verdiener passt überhaupt nicht. Das ist kein Verdienen, das ist nur der Umsatz." Mit der Veröffentlichung solcher Zahlen mache man "die Leute scheu". Als Landwirt sei es "alles andere als leicht, Geld zu verdienen".

Anders als viele der Abgeordneten mit hohen Einnahmen ist **Roy Kühne** kein Landwirt, sondern führt eine physiotherapeutische Praxis. Ihm sei es wichtig, diese nicht aufgeben zu müssen, schließlich sei er auch Arbeitgeber. Er wolle sich bei der Bundestagsverwaltung deshalb nun erkundigen, warum zu den Einnahmen nicht auch die Ausgaben angegeben werden könnten. "Die jetzige Regelung führt zu Missverständnissen", sagte Kühne - weil Investitionen, Miete und Personalkosten nicht berücksichtigt würden.

"Ich bin kein Berufspolitiker, ich bin Landwirt"

Martin Reyher, Redaktionsleiter bei abgeordnetenwatch.de, wollte solche Kritik nicht gelten lassen. Reyher sagte: "Den Vorwurf kann ich direkt zurückgeben." Seine Plattform arbeite nur mit den **Verhaltensregeln, die sich die Abgeordneten selbst gegeben hätten**: Die Einnahmen werden demnach lediglich in Stufen angegeben, Ausgaben nicht berücksichtigt. Er würde es sehr begrüßen, wenn die Einnahmen "auf Cent und Euro genau" angegeben würden, sagte Reyher. Auch die Ausgaben könnten freiwillig berücksichtigt werden. In Großbritannien beispielsweise sei das schon längst die Regel.

Die Kritik an der Berechnung der Nebeneinkünfte hatte der CDU-Abgeordnete **Hans-Georg von der Marwitz** angestoßen. Von der Marwitz belegt in der Liste der Nebeneinkünfte mit 279.000 Euro Platz sechs. "Ich bin kein Berufspolitiker, ich bin Landwirt", hatte er SPIEGEL ONLINE gesagt. Er versuche, seine politische Aufgabe nach bestem Wissen und Gewissen wahrzunehmen. Man müsse sich überlegen, ob im Bundestag ausschließlich hauptberufliche Politiker sitzen sollten - oder eben auch Menschen, die wirtschaftlich nicht abhängig von ihrem Mandat seien.

Aus SPD und Linkspartei hatte es nicht nur heftige Kritik an den teilweise deutlich gestiegenen Nebeneinkünften gegeben. Linken-Vorsitzender Bernd Riexinger hatte auch kritisiert, dass viele Spitzenverdiener im Bundestag Politik und Wirtschaft vermengen würden.

Auch diesem Vorwurf widersprach Stegemann: "Natürlich vertrete ich die Interessen des ländlichen Raums mit." Aber er sehe keine Interessenverquickung, nur weil er auch stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Ernährung und **Landwirtschaft** ist.

Von der Marwitz hatte angeregt, dass Abgeordnete statt der Einnahmen ihre Einkommenssteuererklärung veröffentlichen könnten. "Das wäre aussagekräftiger", sagte er SPIEGEL ONLINE. Für diesen Vorschlag jedoch fand der Landwirt wenig Unterstützung bei seinen Top-Verdiener-Kollegen. Stegemann zumindest sagte, er würde eine solche Regelung nicht unterstützen. Sie sei sogar weniger transparent als die aktuelle Vorschrift: Selbst Bestechungsgelder könnten in der Einkommenssteuererklärung leicht versteckt werden.

URL:

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/nebeneinkuenfte-im-bundestag-top-verdiener-wehren-sich-gegen-kritik-a-983415.html>